

Einzelne Nummern 20 Heller.

Abonnementspreise des Blattes:

Mit täglicher Zustellung für loco: monatlich R. 4.40 vierteljährig R. 13.— halbjährig R. 26.— ganzjährig R. 52.—

Ohne Zustellung: monatlich R. 3.50 vierteljährig R. 10.50 halbjährig R. 21.— ganzjährig R. 42.—

Inserate werden in sämtlichen Inseratenbüros des In- und Auslandes aufgenommen.

Einzelne Nummern 20 Heller

Abonnementspreise des Blattes:

Mit täglicher Postzustellung.

Für das Inland:

monatlich R. 4.40 vierteljährig R. 13.— halbjährig R. 26.— ganzjährig R. 52.—

Für das Ausland:

vierteljährig R. 24.—

Mit der dazugehörigen „Illustrierten Sonntags-Beilage“ monatlich . . . 30 Heller mehr.

Grenzboten

Motto: Freiheit und Fortschritt!

Nr. 16089

Bozsony, Montag, 27. Jänner 1919.

48. Jahrgang.

Ungarn.

Vormarsch ungarischer Truppen in Siebenbürgen.

Aus Budapest, 25. Jänner, wird gemeldet:

Die Vorgänge in Siebenbürgen werden in den hiesigen politischen Kreisen mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt. Es handelt sich um zwei Bewegungen von großer Ausdehnung: um eine Streifbewegung und um eine Aktion der regulären ungarischen Truppen, die, ohne von Budapest einen Befehl dazu erhalten zu haben, darangehen, die rumänischen Besatzungstruppen über die Demarkationslinie zurückzubringen.

An dem Streik nehmen sämtliche Berg- und Eisenbahnarbeiter, Post- und Telegraphenbeamte teil. Die Zahl der Streikenden wird auf hunderttausend geschätzt. Die Bergarbeiter sind bewaffnet, verfügen auch über Maschinengewehre und es ist ihnen gelungen, sämtliche Werke des Zilltales in ihre Gewalt zu bringen und die rumänischen Truppen von dort zu vertreiben. Die rumänische Regierung hat sich veranlaßt gesehen, mit den Streikenden in Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen wurden heute in Hermannstadt aufgenommen.

Erstere noch als die Streifbewegung erscheint die militärische Aktion der regulären ungarischen Truppen. Der gewesene Minister des Innern und Führer der Szekler, Gabriel Aaron, hat aus Siebenbürgen die Nachricht erhalten, daß die ungarischen Truppen eine energische Aktion gegen die rumänischen Besatzungstruppen eingeleitet haben. Er hat sichere Kenntnis, daß nicht das Szekler Freiwilligenbataillon gegen die Rumänen vorging, sondern reguläre ungarische Truppen, die verhindern wollten, daß die Bevölkerung von den Rumänen vergewaltigt werde. Das freiwillige Szekler Bataillon hat seine Aktion noch nicht begonnen. Unter den Truppen, die gegen die Rumänen vorgehen, befinden sich auch viele siebenbürgische Rumänen. Aaron erwartet, daß sich die Ungarn Siebenbürgens erheben und den Feind aus dem Lande vertreiben werden.

In Klausenburg tagt derzeit eine Kommission unter dem Vorsitz eines französischen Generals. Diese Kommission beschäftigt sich mit der Untersuchung der von den Rumänen begangenen Gewaltakte. Sowohl die Rumänen wie die Magyaren tragen ihr ihre Beschwerden vor. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Entente in diese unhaltbaren Zustände eingreifen. Die ungarischen Truppen haben Banffy-Hunyad besetzt und setzen ihren Vormarsch gegen Klausenburg fort. Sie sollen den Nachrichten zufolge, die aus Siebenbürgen hier eingetroffen sind, nur mehr einige Kilometer von Klausenburg entfernt sein. Man ist hier darüber nicht orientiert, ob der Rückzug der Rumänen bloß aus strategischen Gründen erfolgt oder ein eudämonischer ist. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sich die Rumänen nur an einem geeigneten Punkt sammeln wollen, um nach dem Eintreffen von Verstärkungen mit um so größerer Kraft gegen die ungarischen Truppen vorgehen zu können. Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß auf der Linie Kronstadt-Fogaras in aller Eile rumänische Truppen nach Ungarn befördert werden.

Im Zusammenhang mit dem Rückzug der Rumänen wird in hiesigen politischen Kreisen das Gerücht kolportiert, daß in Rumänien große Bauernunruhen ausgebrochen und die Ukrainer in Bessarabien eingeschlossen seien. Dies habe die Rumänen veranlaßt, sich aus Siebenbürgen zurückzuziehen.

Das Arader rumänische Blatt „Romanul“ meldet, daß das Königspar von Rumänien dem Prä-

sidenten des Hermannstädter Regentes Julius Manju mitgeteilt habe, daß es nach Siebenbürgen kommen werde.

Errichtung eines Ministeriums für die Deutschen Ungarns.

Unter der Führung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Guido Gindisch erschienen Samstag die Vertreter der ungarländischen Deutschen beim Ministerratssitzung Dr. Berinkey und baten ihn um Aufklärungen über die Absicht der Regierung, bezüglich der Lösung des deutschen Problems in Ungarn. Dr. Berinkey erklärte, daß die Nationalitätenpolitik der ungarischen Regierung trotz des Abganges Oskar Jaksch nicht die geringste Aenderung erfahren habe. Die Frage des ungarländischen Deutschtums müsse schon mit Rücksicht auf die Deutschen in Westungarn unbedingt gelöst werden. In den ersten Tagen der Woche werde er den Entwurf des Gesetzes über das Selbstbestimmungsrecht der ungarländischen Deutschen fertigstellen und ihn bereits Montag dem Ministerrat unterbreiten. Dieses Gesetz dürfe noch vor dem 29. d. veröffentlicht werden. Wie verlautet, ist in dem Gesetzentwurfe die Schaffung eines besonderen deutschen Ministeriums in Budapest sowie die Errichtung von vier deutschen Gouvernements und zwar in Siebenbürgen, im Banat, in der Tysa und in Oedenburg, vorgesehen.

Räuberischer Überfall auf einen Eisenbahnzug in Ungarn.

„M. Ost“ meldet aus Arad vom 25. Jänner: Der Budapest-er Personenzug, der schon Freitag zeitlich morgens hier hätte eintreffen sollen, ist erst heute vormittag um 10 Uhr hier angelangt. Die Reisenden erzählen, daß zwischen Befesab und Arad eine aus zehn Personen bestehende Räuberbande in die Coupés eingedrungen sei und den Reisenden unter Todesdrohungen das Bargeld abgenommen habe. Die Reisenden beschloßen nachträglich, die Räuber womöglich dingfest zu machen. Tatsächlich gelang es ihnen in einer Station in der Nähe von Arad die Räuber, die noch die Beute teilten, in einem Coupé dritter Klasse aufzufinden und mit Hilfe der Bahnhofsache zu überwältigen. Dabei wurde einer der Räuber von der Bahnhofsache erschossen.

Deutschland.

Japanische Werber in Deutschland?

Aus München wird gemeldet: Seit einiger Zeit kursieren in Deutschland Gerüchte, daß sich zurzeit japanische Agenten in Deutschland aufhalten, die kriegserprobte deutsche Offiziere und Mannschaften für japanische Heeresdienste zu gewinnen suchen und zwar gegen außerordentliche Bezahlung. Auch Munitionsarbeiter würden gegen 70 Mark Tagelohn für Japan gesucht. Das japanische Konsulat in München, das die japanischen Interessen während des Krieges in Deutschland vertritt, erklärt, keine Kenntnis von der ganzen Sache zu haben.

Ein Pressekandal in Leipzig.

— Bürgerliche Unternehmungen im Dienste von Spartakus. —

Nachdem die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ während der ersten Revolutionstage sich den Arbeiter- und Soldatenräten zur Verfügung gestellt und erklärt hatten, einen sozialdemokratischen Redaktionsrat für eine besondere Beilage einzustellen, eine Angelegenheit, die in Leipzig außerordentlich

viel Staub aufgewirbelt und dem Blatt viele Sympathien verschert hat, ist jetzt die „Leipziger Zeitung“ durch eine für das Bürgertum noch schäwerere Affäre kompromittiert. Der Verleger der „Leipziger Zeitung“ Gottlob Krauß, der nach dazu Vorstand des Leipziger Zeitungsverlegervereines ist, hat auf seinen Maschinen-Klubmitgliedern des Spartakusbundes gegen Bezahlung herbeigeholt und sich ferner alle erdenkliche Mühe gegeben, das Weitererscheinen der „Roten Fahne“, deren Herstellung in Berlin unmöglich geworden war, in Leipzig zu ermöglichen. Da der Druck der „Roten Fahne“ in seinem eigenen Betrieb technisch undurchführbar war (politische Bedenken hatte Krauß nach der unwiderleglichen Angabe eines Teilnehmer an den Verhandlungen nicht) bemühte sich Herr Krauß verschiedene andere Druckereien dafür zu gewinnen, glücklicherweise ohne Erfolg. Aber der Fall, daß der Verleger einer demokratischen Bürgerzeitung sich für das Fortbestehen des spartakistischen Organs in solch geschäftstüchtiger Weise einsetzt, steht wohl bisher einzig da. Die Entrüstung in der Bevölkerung Leipzigs, das bis jetzt zum Glück von den Segnungen des Spartakusbundes nur wenig zu verspüren hatte, ist allgemein.

Internationalisierung der deutschen Kolonien.

— Forderungen Lafts. —

Expräsident Laft stellte in einem Vortrag zu Washington folgende Forderungen auf: Sämtliche Kolonien Deutschlands, Konstantinopel und die Dardanellen müssen internationalisiert und der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden. Deutschland habe das Recht auf seine Kolonien verloren, aber man dürfe sie weder Frankreich noch England zusprechen.

Mundschau.

Die Abstempelung der Banknoten im südslawischen Staate.

Wie der „Jugoslawenski Ekonomista“ meldet, hat die jugoslawische Regierung die Abstempelung der Banknoten auf ausdrückliches Verlangen Frankreichs angeordnet.

Voralberg für den Anschluß an die Schweiz.

Freitag fard. wie aus Bregenz gemeldet wird, in Voralberg eine Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses des Landes Voralberg an die Schweiz statt, an der sich alle wahlberechtigten Personen beteiligten. Bis jetzt liegt das Ergebnis der Abstimmung aus 40 Gemeinden, das ist fast die Hälfte der voralbergischen Gemeinden, vor. In allen diesen Gemeinden hat sich die Mehrzahl der Bevölkerung für den Anschluß an die Schweiz ausgesprochen. In der Hälfte dieser Ortschaften erreichen die für den Anschluß abgegebenen Stimmen 90 bis 100 Prozent, das geringste befürwortende Ergebnis wurde in zwei Gemeinden mit je 51 Prozent erreicht. In allen anderen Gemeinden übersteigt die Stimmenzahl für den Anschluß 60 Prozent der Bevölkerung.

Das Hauptstück der Anklage gegen Caillaux.

Der „Matin“ veröffentlicht das Hauptstück der Anklage gegen Caillaux, dem Defaitismus und Hochverrat vorgeworfen wird. Es handelt sich um folgenden Tatbestand: Caillaux war Ende 1916 in Rom und hatte dort eine Unterredung mit dem früheren italienischen Minister Martini. Das Gespräch ging von dem deutschen Friedensvorschlag aus. Caillaux meinte, die-

se glatte Ablehnung wäre ein großer Fehler, denn Frankreich sei außerstande, den Krieg noch ein Jahr fortzusetzen. Kein Mensch glaube, daß Deutschland aus den besetzten Gebieten verdrängt werden könne. Die Verluste seien ungeheuer. Die Stimmung der Soldaten schlecht, Maer und Senegal in voller Revolution wegen der Aushebung der Eingeborenen. Frankreich müsse Frieden machen und sich mit der Räumung der besetzten Gebiete allenfalls mit einem kleinen Stück von Lothringen begnügen. Dies sei um so notwendiger, als mehr englische als französische Truppen in Frankreich stünden. Caillaux erzählte, daß Poincaré in Frankreich nicht nur unpopulär, sondern verhaßt sei. Bei seinem — Caillaux' — Besuch in Petersburg im Jahre 1912, als Poincaré noch Minister des Aeußern war, habe dieser Rußland den Besitz von Konstantinopel versprochen. Er strebte schon damals nach der Präsidentschaft von Frankreich.

Ein zweiter Schlaganfall König Peters von Serbien.

Wie „Becerni List“ aus Semlin meldet, hat König Peter, der schon seit längerer Zeit kränzlich war und dessen Zustand sich in den letzten Tagen sehr verschlimmert hatte, einen zweiten Schlaganfall erlitten. Als der Kronprinz diese Mitteilung erhielt, begab er sich sofort zu seinem Vater nach Belgrad. Infolge der plötzlichen Abreise des Regenten Alexander entstand das Gerücht, daß er zu den Friedensverhandlungen nach Paris abgereist sei.

Tagesneuigkeiten.

Tageskalender: Montag, 27. Jänner 1919.
Katholiken und Protestanten: Johannes Christoforus. — **Israeliten:** Jahr 5679, 25. Schebat.
 — **Sonnenaufgang:** 7 Uhr 35 Minuten. — **Sonnenuntergang:** 4 Uhr 51 Min.

Ämtliche Verfügungen.

Die Anmeldung der Zivilwohnungen.
 Das Militärkommando der Stadt Brestburg gibt bekannt: 1. Alle Hausbesitzer müssen bis zum 29. d. M. alle Zivilwohnungen, welche frei zur Verfügung stehen, **anmelden.** — 2. Bis zum 29. d. M. müssen von Seite der Privatleute alle möblierten Zimmer und auch alle möblierten Gemächer, welche für die Unterkünfte der Zivil- und Militärbeamten des Staates dienen können, angemeldet werden. — 3. Alle Anmeldungen werden vom Wohnungsamt mit dem Sitz im Rathhause (ehemaliges Primatialpalais, 3. Stock) entgegen genommen. — 4. Dieses Amt besteht aus staatlichen und städtischen Beamten. — 5. Die Unterkünfte und Wohnungen werden regelmäßig laut dem Verträge, welcher vorläufig mit den Hauseigentümern und Mietern geschlossen wird, gemietet. — 6. Das Mietgeld wird durchschnittlich nach den Preisen, welche in den letzten vier Jahren gezahlt wurden, festgestellt. — 7. Die Zivil- und Militärbeamten des Staates haben sich wegen Unterkünften direkt an das Wohnungsamt zu wenden. — 8. Es ist streng verboten, daß jemand eigenmächtig, ohne realechte Legitimation oder Berechtigung, welche nur das Wohnungsamt ausstellen darf in Wohnungen tritt. — 9. Gegen diejenigen welche unter dem Vorwande, die Unterkünfte zu besichtigen, ohne regelmäßige Legitimation in Häuser eintreten, wird strengstens vorgegangen. — 10. Die Hausbesitzer und Mieter, welche Wohnzimmern zur freien Verfügung haben, werden aufgefordert, dieselben aufrichtig anzumelden. Freie Wohnungen, welche nicht angemeldet werden, werden requiriert und die Uebertreter dieser Anordnung laut dem Gesetze bestraft. — 11. Wohnungen, deren Inhaber über 1 Monat abwesend sind, müssen angemeldet werden.

Der Militärkommandant der Stadt Brestburg
Oberst Barreca Riccardo.

Der interurbane Telephonverkehr. Auf Grund des Befehles des Armeekommandos für die Slowakei werden interurbane Privatgespräche in besetzten Gebieten und Städten der Slowakei mit Ausnahme der öffentlichen Korporationen, welche von Staatsbehörden anerkannt werden oder mit Ausnahme von größeren Bankgeschäften und Industrieunternehmen eingestellt. Diese Gespräche unterliegen der Zensur. — Die Postdirektion.

Todesfall. Samstag, den 25. d., abends, verstarb hier Herr Michael Weinberger, Privata-

tier, Hausbesitzer, früher Malzfabrikant, nach kurzem, schwerem Leiden im 88. Lebensjahre. Der Verstorbene erfreute sich vermöge seiner Biederkeit allgemeiner Wertschätzung; er war Direktionsmitglied der Brestburger Lagerhaus-A.-G. und Ehrenmitglied der Chevra-Kabisha der Brestburger israelitischen Religionsgemeinde, für welchen Wohltätigkeitsverein er durch mehr als 35 Jahre verdienstvoll wirkte. Als 17jähriger Jüngling war Herr Michael Weinberger Mitglied der Wiener akademischen Studentenlegion im Jahre 1848 und nahm an den alljährlichen Zusammenkünften dieses historischen Korps lebhaften Anteil. Nach 70 Jahren der 48er Freiheitsbewegung war es ihm vergönnt, auch den gegenwärtigen Umsturz zu erleben; gewiß eine seltene Erscheinung in unserer heutigen raschlebigen Zeit. Unser allbekanntester Brestburger Herr David Weinberger und Frau Fanny Betteleim geb. Weinberger, Witwe des noch in bestem Andenken stehenden Sarkasidirektors J. B. Betteleim betrauern in dem Dahingeschiedenen ihren vielgeliebten Vater.

Der Zugverkehr mit Wien mit heutigem Tag eröffnet. Mit heutigen Tag wurde der Zugverkehr nach und von Wien mit zwei Zugsparen wieder aufgenommen und zwar nach folgendem Fahrplan:

Abfahrt von Brestburg nach Wien:

6 Uhr früh (Ankunft in Wien 8 Uhr 28 Min. früh).

3 Uhr 30 Min. nachm. (Ankunft in Wien 5 Uhr 45 Min. nachm.).

Ankunft in Brestburg:

10 Uhr 15 Min. vormittags (Abfahrt von Wien 8 Uhr 10 Min. vorm.).

1 Uhr 40 Min. nachts (Abfahrt von Wien 7 Uhr 25 Min. abends.)

*** Die Giftbombe.** Anlässlich einer Debatte im Nürnberger Rathhause schreibt ein Pionier der „Fränkischen Tagespost“: Unter der Bezeichnung „Handgasbombe B“ verbirgt sich ein Kampfmittel von geradezu bestialischer Wirkung. Denn die Bombe enthält den sogenannten Kampfstoff „Gelbkreuz“, eine Zusammensetzung von stärksten flüssigen Giftstoffen. Wird die Bombe gegen ein bewegliches Ziel, also etwa gegen Menschenmassen geworfen, so detoniert sie entweder durch Luftschlag oder Zeitzünder. Die flüssige Giftmasse verprügelt sich. Trifft sie auf unbedeckte Hautteile, so versengt sie das Hautgewebe sowie die darunter liegenden Fleischteile, selbst Knochen sehr rasch. Beim Auftreffen auf bedeckte Hautteile wird die Kleidung im Nu versengt und das Gift wirkt ebenfalls auf die Körperhaut. An den getroffenen Stellen bilden sich stark eiternde Wunden, die eine ähnliche Flüssigkeit wie bei Tripper absondern und noch innerhalb eines Tages unter großen Schmerzen den Tod des Betroffenen herbeiführen. Ein Gegenmittel gibt es nicht. Uns Soldaten wurde im Felde empfohlen, gegebenenfalls sofort mit Chloralkali zu bestreuen; diesen mußten wir stets in kleinen Büchsen mit uns führen. Die Wirkung soll aber versagt haben. Der „Gelbkreuzkampfstoff“, im Felde kurzweg „Gelbkreuz“ genannt, gehört neben dem „Grün-“ und „Blaukreuz“ zur Kategorie der sogenannten „B-Kampfstoffe“. „Gelbkreuz“ ebenso wie „Grün- und Blaukreuz“ wurde auch in Form damit gefüllter Geschosse von der Feldartillerie verschossen; die letzteren beiden Gifte sind jedoch in gasförmigem Zustand. Gegen „Grünkreuz“ sollte unsere Gasmaske schützen, gegen „Blaukreuz“ jedoch nur bei Verwendung eines besonderen Auffuges auf die Maske. Wir hatten diesen Auffug, der Gegner hatte ihn angeblich nicht. Zweifellos hatten wir diese B-Kampfstoffe zuerst, später brachten sie auch die Gegner. Da solche Kampfmittel von großer Grausamkeit sind, so erlebte der Gegner gefangene Soldaten von uns, in deren Abschnitten Kampfmittel solcher Art verwendet wurden, mit dem Gewehrkolben. Es weigerten sich daher vielfach die Truppen, solche Mittel zum Kampf zu benützen. Namentlich die Artillerie zeigte eine entschiedene Scheu dagegen. Nicht mit Unrecht, denn mancher Tapfere, der namentlich in den letzten Monaten sein Leben lieb, starb unter Umständen, die vom „Selbentod“ weit weg waren. Die Kenntnis dieser Angaben stützt sich meinerseits auf Einblicke, die ich bei höheren Stäben in die „diskreten Akten“ hatte. . . Bekanntlich segnen die Pfaffen gern die Waffen, mit denen Menschen totgeschlagen werden sollen. Haben sie auch Gelbkreuz, Grünkreuz und Blaukreuz gesegnet?

*** Das Staatsrecht der Luft.** Schon vor dem Kriege ist viel über die Frage verhandelt worden.

inwiefern der freilich weitaus nicht erreichte Grundsatz einer Freiheit der Meere auch für eine Freiheit der Luft zu sehen war. Ist auch darüber noch keine feste Entscheidung getroffen worden, so kann doch betont werden, daß es sich bei der Freiheit der Luft um etwas wesentlich anderes handelt, da sich eben die Luft unmittelbar über einem Lande befindet das Meer aber darben. Selbst wenn man über die Freiheit der Meere mit Ausnahme der Küstengewässer einig geworden wäre, würde sich noch manches gegen die Durchführbarkeit einer Freiheit der Meere sagen lassen. So macht Fritz Hansen in der Umschau den Standpunkt geltend, daß eine gewisse Souveränität des Staates über den oberhalb seines Gebietes befindlichen Luftraum, wie sie auch bereits in der Gesetzgebung von Deutschland, Oesterreich und Frankreich vor dem Kriege festgesetzt wurde, wohl als unentbehrlich betrachtet werden müsse. Jeder Staat werde eben bestimmte Sicherheitsmaßregeln gegen das freie Ueberfliegen seines Gebietes bestimmen, gewisse Höhen dafür festsetzen und dergleichen mehr. Andererseits wird durch das Staatsrecht der Luft, wie auch immer es im einzelnen ausgestaltet werden mag, der internationale Luftverkehr nicht gerade unterbunden werden dürfe.

*** Was bedeutet der „Bauer“?** Es wird manchen überraschen, daß eines der wichtigsten und schwingendsten Worte der deutschen Sprache das Wort „Bauer“, bisher noch nicht in seiner Bedeutung hat hinlänglich aufgeklärt werden können. In der Halbmonatschrift „Niederachsen“ versucht nun Professor F. Kaufmann (Niel), das Wort zu deuten. Er leitet das Wort „Bauer“ nebst dem gleichbedeutenden Worte „Gebauer“ von dem altdeutschen Worte „bur“ ab, das „Haus“ bedeutet, und das noch in „Vogelbauer“ erhalten ist. Danach sind „Bauer“ und „Gebauer“ als „Hausgenosse“ zu deuten, und zwar in dem Sinne, daß damit die Anwesenheit einer Hausherrschaft bezeichnet werden die nicht zur Familie, sondern zum weiteren Aufwuchs des Hausherrn gehörten und dessen Hof zu bewirtschaften hatten. Das würde genau der Stellung entsprechen, die Tacitus den „coloni“ zuweist, und wirklich wird „coloni“ in den altdeutschen Glossen durch „Gebauern“ wiedergegeben. Als sich der hausherrliche Verband später in zunehmenden Maße zerlegte, wurden diese Kolonen aus unfreien Hausgenossen zu mehr oder minder unabhängigen Landleuten, die mit ihren ehemaligen Herren oder deren Nachkommen neue Verbände gründeten, in denen sich nicht mehr Herren und Hörige, sondern nur noch gleichberechtigte Genossen gegenüberstanden. Diese Verbände waren die „Nachbarschaften“, die ursprünglich nichts anderes als diese freien oder doch nur von einem größeren Grundherrn abhängige Bauernschaften oder Dorfschaften bezeichnete. Daraus folgt, daß die Wörter „Nachbar“ und „Bauer“ im Grunde geradezu gleichbedeutend sind; entstanden aber ist diese Bezeichnung wahrscheinlich während der Zeit der Völkerwanderung im vormaligen römischen Gebiete, wo solche zuvor zum alten Sippendorf in Gegensatz stehende „Bauernhöfe“ in großer Zahl angelegt wurden.

Theater.

Wochenplan des Stadttheaters:

Montag: „Szenenbilder“, Drama-Neueheit.
 Dienstag: „Billango fohadnagh“, Operette.
 Mittwoch: „Die Lilivom Chor“, Operette und Tanzabend Eugenie Baranyi.
 Donnerstag und Freitag: „Lilium“, Operette.
 Samstag: „Der Kastelbiner“, Operette.
 Sonntag nachmittag: „Leandvajar“, Operette, abends: „Die Rose von Estambul“, Operette.
 Die Vorstellungen beginnen von heute an um 7 Uhr.

Eigentümer: Jvan v. Stmouy's Erben.

Herausgeber und Chefredakteur: Arsh v. Stmouy.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Montaner.

Für die Druckerei verantwortlich: Josef Weissbrunner.

Unberlangt eingelangte Manuskripte werden unter gar keinen Umständen zurückgesendet.